

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande

Redaktion und Verlag: 5, Rue Mayran, Paris-9. Téléphone: Trudaine 46-52

Aus dem Inhalt:

Ein braunes Geheimdokument
Um Osterreichs Schicksal
Februar 1848

Prix: Fr. 1,50

Unruhe im deutschen Volke

Wie kann das weitergehen? — Kommt der Krieg?

Die illegale Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die im Dritten Reich arbeitet, ist den Ereignissen des 4. Februar mit gespannter Aufmerksamkeit gefolgt. Aus den Berichten, die dem sozialdemokratischen Parteivorstand von seinen Mitarbeitern in Deutschland zugegangen sind, geben wir folgendes über die Stimmung der Bevölkerung wieder. Diese Berichte erscheinen, wie immer, in breiter Ausführlichkeit in den „Deutschlandberichten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“.

Aus einer grossen Industriestadt des Rheinlandes wird uns mitgeteilt:

„Ich sprach heute mittag mit einem grossen Geschäftsmann, der früher zum Zentrum gehörte, und zufällig kam ein SS-Mann dazu, den wir beide kennen. Der Geschäftsmann war sehr offen, nachdem der SS-Mann grosse Sprüche geklopft hatte. Er wollte z. B. wissen, dass die Nazis die letzten Reste der „Reaktion“ hinausgefegt hätten, die vor lauter Angst nicht scharf genug gegen das Ausland aufzutreten verstanden. Deutschland könne heute energisch auftreten, seine Kolonien zurückfordern und es werde sie über kurz oder lang auch erhalten. Niemand könne sich ihm in den Weg stellen, wenn er nicht in den Weg stellen wollte. Deutschland habe für den Kriegsfall ungeheure Vorräte aufgestapelt. Es könne es diesmal länger aushalten denn 1914-18.“

Mein Bekannter blieb dem Manne die Antwort nicht schuldig. Er meinte, Deutschland habe nicht einmal genug Devisen für die notwendigsten Nahrungsmittel. Ja, für deutsches Geld bekomme man nicht einmal überall etwas, und geschenkt bekämen wir bestimmt nichts. Das was sich heute in Berlin ab-

Ich selbst habe das Gefühl, dass viele in allen Schichten des Volkes das nicht mehr lange aushalten können. Es geht nicht mehr so sehr um das Wirtschaftliche, es geht vielmehr um das ganze Leben der Unfreiheit, der Unsicherheit als Einzelner und als ganzes Volk. Besonders im Bürgertum ist eine grosse Unruhe zu beobachten. Noch kann ich mir kein Bild machen von den möglichen Folgen der neuen Massnahmen Hitlers. Aber es scheint mir, dass wir einer sehr unruhigen Zeit entgegengehen.“

Aus einer rheinischen Grossstadt wird mitgeteilt:

„Ich kann heute nur noch mehr auf die furchtbar miese Stimmung in den sogenannten Bürgerschichten, besonders in den „besseren“ und auch in den Nazi-Kreisen hinweisen. Gerüchte über Gerüchte jagen durch die Reihen der politischen oder politisierenden Gruppen. Es

ist eine erhebliche Unsicherheit in fast alle Kreise eingedrungen. Die verschiedenen Organisationen der Partei bemühen sich sehr energisch, Vertrauen zu schaffen. Es vergeht kein Betriebsappell, keine Versammlung der Partei, keine Zusammenarbeit der NSV, wo man nicht immer wieder auf die „grossen Erfolge“ der fünf Jahre Hitlerherrschaft hinweist. Alles das wird nicht viel nützen, weil sich wirklich eine solche innere Unruhe der verschiedensten Schichten bemächtigt hat, dass es sehr schwer für die Nazis ist, Vertrauen zu gewinnen. Es gärt in allen Schichten und wir haben das Gefühl, dass sich grosse Dinge vorbereiten. Wir können nichts Genaueres und nichts Positives sagen, nur haben wir alle das Gefühl, dass irgendetwas nicht stimmt.“

Aus einer grossen Grenzstadt:
„Es kursieren die tollsten Gerüchte, die noch besonders genährt werden, weil

eine erhebliche Verstärkung der Grenzbeobachtung erfolgt ist und weil beim Grenzübertritt nach Belgien und nach Holland eine äusserst strenge Kontrolle geführt wird. Die Waldwege sind besonders bewacht; wer sich nicht ganz genau ausweisen kann, der wird zurückgeschickt, besonders Verdächtige werden in Haft gesetzt. Die Grenzmassnahmen fallen ganz besonders auf, weil Belgien seine Kontrolle mit dem 4. Februar ebenfalls verschärft hat, was allen Dementis entgegen feststeht.“

Aus einem kleineren Industrieort:
„Wohin man auch hört, überall sorgenvolles Fragen, was nun werden solle. Ob der Krieg jetzt schneller komme, ob die Generale endgültig kapitulierten, wie lange dieses Hängen und Bangen noch weiter gehen solle. Eine Spannung jedenfalls wie niemals seit der Machtübernahme.“

Ein braunes Geheimdokument

Die Naziverschwörung in der Tschechoslovakei

Sudetendeutscher

Eidesstattliche Erklärung:

Ich erkläre an Eides Statt, nachfolgende Fragen wahrheitsgetreu zu beantworten. Die Fragen sind eidesstattlich, mit Tinte geschrieben, zu beantworten. Deutsch und leserlich schreiben!!!

Welcher Land wollen Sie aus politischen oder juristischen Gründen verlassen: _____

Familienname: _____

Vorname, (falls Namensänderung stattgefunden hat): _____

Nachname (Kaufmann unterschreiben): _____

Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr): _____

Geburtsort, -bezirk und -land: _____

Inhobby: _____

Staatsbürgerschaft vor der Einreise ins Deutsche Reich: _____

Jetzige Staatsbürgerschaft: _____

Letzte Wohnung vor der Einreise ins Deutsche Reich: _____

Schulbildung: _____

Beruf: _____

Stand (ledig, verh., gesch., verwitwet, Witwenheim): _____

Erster Beruf: _____

Späterer Beruf: _____

Wie der Einreise befähigt gewesen bei (Name, Nationalität): _____

Letzte Verbannung ins Strafland (wenigstens): _____

Wie der Einreise befähigt gewesen von _____ bis _____

Derzeit befristet (Arbeitsgeber): _____

In welcher Eigenschaft: _____

Wohnort: _____

Derzeitige Wohnung (Kaufmännischer, Eigen): _____

Deutschland geflüchteten Sudetendeutschen vorgelegt wird, d. h. tschechoslovakischen Staatsbürgern, die der Partei Konrad Henleins angehören.

Dieser Fragebogen enthält folgendes:

1. Die Auslandsorganisation der NSDAP sieht ganz selbstverständlich die Sudetendeutsche Partei Henleins als die Fortsetzung der in der tschechoslovakischen Republik verbotenen Nationalsozialistischen Partei an;

2. Es wird sichtbar, dass auf tschechoslovakischem Gebiet Formationen der NSDAP bestehen, so SS, SA, BdM, HJ u. a., da der Fragebogen ausdrücklich nach der bisherigen Zugehörigkeit zu solchen Formationen fragt;

3. Das Dritte Reich gliedert tschechoslovakische Staatsbürger, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu der Naziorganisation nach Deutschland gehen, in die Monopolpartei des Systems wie in seine Wehrmacht ein, es gibt ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft;

4. Es betrachtet Gebiete, wie das sudetendeutsche Gebiet, in der tschechoslovakischen Republik im geheimen schon als zum Dritten Reich gehörig.

Das Geschrei des Dritten Reiches gegen die deutschen antifaschistischen Emigranten wird durch diese Praxis in das rechte Licht gerückt. Was es von anderen Staaten verlangt, gedenkt es selbst nicht zu tun. In der tschechoslovakischen Republik selbst gibt es genug Stimmen, die auf diesen Tatbestand hinweisen. So schrieb Karel Strnad im „Cin“, einem Blatt der tschechischen Legionäre:

„Die Verhandlungen über den Pressefrieden mit uns sind vorläufig ins Stocken

An die Bezieher des Neuen Vorwärts!
Wir bitten, Zahlungen nach Paris zu leisten auf Postscheck-Konto Neuer Vorwärts Paris 88.504

gespielt habe, sei auch nicht von ohnehin gekommen. Mit Schacht's Rücktritt habe es angefangen, dies sei nur die Fortsetzung. Alles seien Auswirkungen des Vabanquiespiels, das seit Jahren gespielt würde.

Ich war von dieser offenen Sprache überrascht. Dem SS-Mann aber blieb die Spucke weg. Als er gegangen war, da ging mein Bekannter erst recht los. Hitler habe seine Marneschlacht bereits hinter sich. Es sind nichts als grössenwahnsinnige, unfähige Verbrecher, die unser Volk regieren. In der Wirtschaft raufe man sich die Haare über soviel Unvernunft. Als ich dem Manne sagte, dass er vielleicht doch ein bisschen zu sehr sich habe gehen lassen in Gegenwart des SS-Mannes, da meinte er: Ach was, der kennt mich und ich kenne ihn auch. Und übrigens scheinen Sie nicht zu wissen, wie es in den Reihen der Parteigenossen selbst aussieht. Was kann schon noch passieren. Die Sache geht sowieso nicht mehr lange weiter.

Wir sind in der Lage, ein Dokument zu veröffentlichen, das eindeutig die Zusammenarbeit deutscher amtlicher Stellen mit den mehr oder weniger ge-

tarnten Naziorganisationen im Ausland beweist. Es handelt sich um den Fragebogen und die Vorlage für eine eidesstattliche Erklärung, die nach

Berichte aus Deutschland

Der gleichgeschaltete Selbstmord

Man schreibt uns:

Unterm Gesetz der Propaganda steht das Leben der Untertanen des Führers von der Wiege bis zur Bahre. Kein Spatz fällt vom Dach, ohne dass die Goebbelszensur ihre Erlaubnis erteilt hätte. Und nicht einmal Selbstmord kann einer begehen, ohne das Motiv, das ihn aus der Welt treibt, sorgsam den Wünschen und Bedürfnissen des Regimes anzupassen.

Vor mir liegt ein ansehnlicher Stoss gleichgeschalteter Zeitungen. Ich habe sie mir einmal auf jene kleinen todtraurigen Notizen hin angesehen, die in der Presse der ganzen Welt in ein paar dünnen Worten mitzuteilen pflegen, dass irgend ein Unbekannter, Unglücklicher, am Leben Verzweifelnder den Ausweg in den Freitod gewählt, zum Strick gegriffen oder den Gashahn geöffnet habe. So etwas geschieht überall auf dieser besten aller Welten. Auch in Nazideutschland. Während aber anderswo das Motiv zur Tat laut Zeitungsbericht oft in „materiellen Schwierigkeiten“, in Not, Hunger, bitterer Armut zu suchen ist — auch in Ländern mit relativ hohem Wohlstand gibt es ja immer noch Hunger und Elend genug, kommt es in Nazideutschland — oder vielmehr: in der Nazipresse — absolut niemals vor, dass materielle Not als Anlass zum Freitod erscheint. Goebbels und die Seinen wünschen das nicht. Der Mythos vom braunen Schlaraffenland könnte Einbusse erleiden. Darum: wer in Deutschland Selbstmord begeht, hat das im allgemeinen entweder aus „Liebeskummer“ oder „wegen unheilbarer Krankheit“ zu tun. Sehr viel grösser ist die Auswahl nicht. Unglückliche Liebe und unheilbares Leiden — das sind die stereotyp wiederkehrenden Auskünfte, die die braunen Blätter in solchen Fällen erteilen. Man überzeuge sich selbst.

Das Getriebe der Welt, das sich nach Schiller vorerst immer noch „um Hunger und um Liebe“ dreht, ist von Goebbels siegreich vereinfacht worden. Der Hunger ist dem Rotstift der Zensur zum Opfer gefallen und was nicht in der Zeitung steht, das existiert nicht.

Gewiss, es gibt immer wieder Leute, die behaupten, dass es dennoch existiere. Sogennante Staatsfeinde. Aber ein Wörtchen wider den Goebbels zu wagen, das heisst ja beinahe schon: Selbstmord begehen. Aus „unheilbarer Liebe“ — zur Wahrheit.

Ein neuer Korruptions-skandal

Sechs Millionen in Nazitaschen

Man schreibt uns aus Berlin:

Was geht in der Berliner Industrie- und Handelskammer vor, was soll dort mit aller Gewalt vertuscht werden? Es ist bereits zu spät, denn die Spatzen pfeifen es von den Dächern. Wir wollen einen kleinen Zipfel lüften, denn es handelt sich um einen Korruptionsfall von ungeheuren Ausmassen.

Die Büros der Berliner Industrie- und Handelskammer befinden sich in einer Anzahl von Gebäuden in den verschiedensten Stadtteilen. Um diesen unerfreulichen Zustand zu beseitigen, wurde bald nach dem Umsturz im Jahre 1933 von der Leitung der I und H der Plan entworfen, im Börsenviertel ein grosses Verwaltungsgebäude zu errichten. Einige leitende Beamte, die selbstverständlich Mitglieder der Nazi-Partei waren und sind, wurden mit dem Ankauf ganzer Häuserreihen beauftragt, an deren Stelle das Repräsentationsgebäude der Berliner Industrie- und Handelskammer errichtet werden sollte. Da im Nazireich das Geld für solche Zwecke keine, oder doch nur eine untergeordnete Rolle spielt, wurden den Eigentümern und Mietern der Häuser hohe Preise und ausserdem immense Abfindungssummen bezahlt, um sie zur baldigen Räumung zu veranlassen. Viele Häuser stehen nun schon seit Jahren leer.

Wenn die Eigentümer und Mieter dieser Häuser viele Millionen verdienten, so konnten doch die sonst gut bezahlten Pg.-Beamten der I und H nicht leer ausgehen und so machten sie mit den Eigentümern und Mietern Halbpakt. Je mehr sie an Kauf- und Ab-

Aus Schlesien wird den Deutschland-Berichten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mitgeteilt:

Vor kurzem fand in X. eine öffentliche Versammlung statt mit dem Thema: Wirtschaft und Aussenpolitik, Referent war ein Reichsredner der NSDAP. Der Referent schilderte zuerst die Zeit, in der das Reich noch im Besitz von Kolonien war. Er versuchte dabei nachzuweisen, welch grossen wirtschaftlichen Vorteil Deutschland durch die Kolonien hatte und führte ganze Kolonnen von Zahlen an, mit denen er seine Behauptungen belegen wollte. Deutschland habe 1914 an zweiter Stelle im Welthandel gestanden und sei drauf und dran gewesen, England, das die erste Stelle inne hatte, zu überflügeln. England provozierte deshalb den Krieg. Nach dessen unglückseligen Ausgang sei Deutschland an die 26. Stelle im Welthandel zurückgedrängt worden, wo es heute noch stehe. Der Wille des Führers sei es, Deutschland wieder dorthin zu bringen, wo es 1914 gestanden habe.

„Wie kann das Deutsche Reich in der Zukunft wieder zu Wohlstand gelangen? Das hängt davon ab, ob Deutschland die

standssummen zahlten, desto mehr floss in die eigenen Taschen. Jene Geschäftsleute dieser Häuser, die zu solchen Geschäften keine rechte Lust zeigten oder nur zu kleinen Beträgen von einigen lumpigen 1000 Reichsmark bereit waren, wurden durch allerlei Kunstgriffe genötigt, doch noch recht tief in den Säckel zu greifen, um die Habgier der Nazis zu befriedigen, denn „Mein Nutz geht vor dein Nutz“ heisst das Nazi-Sprichwort privat. Anders ging man selbstverständlich mit den jüdischen Hausbesitzern und Mietern um, diese Unternehmungen mussten ihre volle „Pflicht und Schuldigkeit“ tun.

Wie hoch die Summen sind, welche die Banditen geräubert haben, ist noch nicht bekannt, unter den Wissenden der Berliner

In der Nr. 241 des „N-V“ brachten wir die Mitteilung von der Verurteilung deutscher Gewerkschafter in Berlin. Wir sind heute in der Lage, einen genaueren Bericht zu bringen, der die deutsche Justiz und ihre verbrecherische Gesinnung deutlich zeigt.

Am 29. Januar 1937 wurden in Berlin etwa 14 Personen verhaftet, unter ihnen der Vorsitzende des früheren Lokomotivführerverbandes Scharfschwerdt, das Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Hermann Schlimme, der Redakteur des Bekleidungsarbeiterverbandes Casar Thierfelder, der Buchdrucker Hahn u. a. Gegen Scharfschwerdt, Schlimme und Hahn wurde anfangs Dezember vor dem 5. Senat des Kammergerichtes verhandelt. Die Anklage lautete auf Hochverrat, begangen durch Herstellung und Verbreitung von Flugblättern, durch den Versuch der Wiedererrichtung von Gewerkschaften und durch Verbindung mit emigrierten Gewerkschaftern. Die Verhandlung war geheim, unter Ausschluss jeder Öffentlichkeit, auch der Presse. Berichte durften nicht veröffentlicht werden, ebenso werden die Namen der „Richter“ geheim gehalten.

Die Flugblätter stammen aus den Jahren 1933-34 und befassen sich mit dem Raub der Gewerkschaften und der Verschwendung der Gewerkschaftsgelder durch den Ley, der 1934 in Berlin-W die Villa des rheinischen Industriellen Otto Wolf für 1 500 000 Reichsmark mit den Mitteln der Gewerkschaften bzw. der Arbeitsfront erworben hatte. Weiter wurde Schlimme als Verbrecher zur Last gelegt, dass er mit früheren Gewerkschaftsfreunden Verbindungen aufrecht erhalten habe, ebenso mit emigrierten Gewerkschaftern, er sollte sogar die Ausreise eines von der Gestapo verfolgten Genossen begünstigt haben. Der Nachweis dafür konnte nicht erbracht werden, aber das Gericht erklärte, dem Genossen Schlimme sei bei seiner Intelligenz und

Einkreisung Frankreichs

Was das System dem Volke sagt

nötigen Anbauflächen zugesprochen bekommt. Diese muss es unter allen Umständen bekommen. Erhalten wir sie nicht im Guten, dann wird es andere Mittel geben — und wenn es mit Gewalt wäre. Ihr werdet verstehen, was wir unter Anbauflächen meinen. Unsere Kolonien, die müssen wir haben und die werden wir kriegen. Soweit man heute urteilen kann, werden wir sie aber nicht freiwillig erhalten. Was wird getan, um die Voraussetzungen zu schaffen, dass wir sie aber doch bekommen? Als erstes ist die Einkreisung Frankreichs notwendig, sowie die Ausschaltung Russlands aus der europäischen Politik. Ihr seht heute schon, dass dies seiner Vollendung entgegengeht. Im Osten von Frankreich steht das starke nationalsozialistische Deutschland, im Süden steht das faschistische Spanien und im Mittelmeer das faschistische Italien. England hat und wird noch genügend Beschäftigung in Palästina bekommen. Weiter werden Russland und England durch den Konflikt China—Japan so in Anspruch genommen, dass sie sich im übrigen Europa nicht allzuviel kümmern können.

So sieht es heute aus und wenn alles

klappt, werden wir in kurzer Zeit wieder da stehen, wo wir 1914 standen. Auch Italien ist mit seinen Plänen noch lange nicht fertig. Es braucht eine Landverbindung zwischen Lybien und Abessinien. Es ist für Italien untragbar, ständig den Suezkanal benutzen zu müssen. Aus diesen Gründen wird Italien Deutschland zur Seite stehen, damit es wieder seine früheren Kolonien bekommt.“

Im Strassburger Münster

Im Münchener Löwenbräukeller fand eine Versammlung statt, in der der bekannte Neubeiden-Redner Holz sprach.

Besonders interessant war es, als Holz über die Zukunft der Kirchen sprach. Eine Kirche stehe bereits den Deutschgläubigen zur Verfügung, um den „deutschen Gott“ in würdiger Weise zu verehren, nämlich die Alltagskirche in Torgau. Die nächste Kirche werde aber der Dom zu Braunschweig sein. Und das Ziel sei erst dann erreicht, wenn der Führer im Dom zu Köln, in der Marienkirche zu Lübeck, im Ulmer Münster, in der Frauenkirche zu München,

im Strassburger Münster zu den Deutschen sprechen wird.

15 Mark in der Woche

Die Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands melden aus Bayern:

In der Augsburger Kammgarnspinnerei kam es vor einiger Zeit bei der Lohnauszahlung zu grossen Tumulten. Die Ursache der Aufregung waren die durch Kurzarbeit verringerten Löhne. Viele Familienväter kamen kaum auf 18 Mark in der Woche. Am Zahltag gingen gleich die ersten an, über die lausigen Verhältnisse zu schimpfen. Der Kassierer holte den Vertrauensrat herbei, der auf die Leute begütigend einwirken wollte. Die Arbeiter aber gaben ihm allerhand schmeichelhafte Schimpfnamen, wie Unternehmernknecht, Betrugsrat usw. Darauf holte der Vertrauensrat den Direktor des Betriebes, dem die Arbeiter die Lohnzettel vor die Füsse warfen. Sie beschwerten sich im erregten Ton über dieses Hundeleben. Ein Arbeiter richtete an den Direktor die Frage, ob er sich vorstellen könne, wie man mit 15 Mark in der Woche leben kann bei diesen Preisen. Der Direktor entschuldigte sich, dass er von sich aus auch nichts ändern könne. Die Kurzarbeit in der Textilbranche habe ganz andere Ursachen, die allein mit dem guten Willen der Betriebsleitung nicht behoben werden könnten. Er vertröstete sie auf die hoffentlich baldige Belegung der Textilindustrie. Die Arbeiter lachten über diesen billigen Trost. Nach wiederholten Ermahnungen durch den Direktor konnte die Auszahlung schliesslich weitergeführt werden. Die Arbeiter gingen schimpfend nachhause.

In diesem Betrieb getraut sich keiner von den wenigen Nazis, das Maul aufzumachen. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist wie geladen. Der Vertrauensrat liess einen Anschlag machen, worin er den Arbeitern mitteilte, dass ihnen durch das Winterhilfswerk geholfen werden solle. Die Arbeiter sagten unter sich: „Wir brauchen keine Almosen, sie sollen uns mehr Arbeit und einen anständigen Lohn bezahlen, dann können sie uns mit ihrer NSV gestohlen werden.“

Betriebsterror

Aus Mitteldeutschland wird berichtet:

Die Zeisswerke in Jena sind ein sehr unruhiger Betrieb geworden. Die Eigenart der Spezialerzeugnisse der Zeisswerke lässt es an sich begreiflich erscheinen, dass die gesamte Belegschaft einer strengen Kontrolle unterworfen wird. Von der Wahrung ihrer Betriebsgeheimnisse hängt für die Firma zum grossen Teil die Aufrechterhaltung ihres Exports ab. Aus diesem Anlass wird es auch im allgemeinen der Belegschaft nicht erlaubt, Auslandsreisen zu unternehmen. Zeiss-Arbeiter durften auch keine KdF-Fahrten nach Madeira usw. mitmachen. Im August 1937 wurden in den Zeisswerken 39, im September sogar 86 Verhaftungen vorgenommen. Obwohl der Schluss nahe liegt, dass es sich in diesen Fällen um Verletzungen der Betriebsgeheimnisse handeln könnte, steht dies noch keineswegs fest.

Ein Justizverbrechen

Verurteilt ohne Beweise auf « Zutrauen » hin

In der Nr. 241 des „N-V“ brachten wir die Mitteilung von der Verurteilung deutscher Gewerkschafter in Berlin. Wir sind heute in der Lage, einen genaueren Bericht zu bringen, der die deutsche Justiz und ihre verbrecherische Gesinnung deutlich zeigt.

Am 29. Januar 1937 wurden in Berlin etwa 14 Personen verhaftet, unter ihnen der Vorsitzende des früheren Lokomotivführerverbandes Scharfschwerdt, das Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Hermann Schlimme, der Redakteur des Bekleidungsarbeiterverbandes Casar Thierfelder, der Buchdrucker Hahn u. a. Gegen Scharfschwerdt, Schlimme und Hahn wurde anfangs Dezember vor dem 5. Senat des Kammergerichtes verhandelt. Die Anklage lautete auf Hochverrat, begangen durch Herstellung und Verbreitung von Flugblättern, durch den Versuch der Wiedererrichtung von Gewerkschaften und durch Verbindung mit emigrierten Gewerkschaftern. Die Verhandlung war geheim, unter Ausschluss jeder Öffentlichkeit, auch der Presse. Berichte durften nicht veröffentlicht werden, ebenso werden die Namen der „Richter“ geheim gehalten.

Die Flugblätter stammen aus den Jahren 1933-34 und befassen sich mit dem Raub der Gewerkschaften und der Verschwendung der Gewerkschaftsgelder durch den Ley, der 1934 in Berlin-W die Villa des rheinischen Industriellen Otto Wolf für 1 500 000 Reichsmark mit den Mitteln der Gewerkschaften bzw. der Arbeitsfront erworben hatte. Weiter wurde Schlimme als Verbrecher zur Last gelegt, dass er mit früheren Gewerkschaftsfreunden Verbindungen aufrecht erhalten habe, ebenso mit emigrierten Gewerkschaftern, er sollte sogar die Ausreise eines von der Gestapo verfolgten Genossen begünstigt haben. Der Nachweis dafür konnte nicht erbracht werden, aber das Gericht erklärte, dem Genossen Schlimme sei bei seiner Intelligenz und

Industrie- und Handelskammer gehen die Meinungen über die Zahl der Millionen, die in die Taschen der ehrenwerten Pg's geflossen sind, auseinander, aber mit 5 bis 6 Millionen rechnen sogar die Pessimisten.

Den Behörden und Parteistellen sind die Einzelheiten dieser ungeheuerlichen Korruption genau bekannt, wer aber glaubt, dass gegen die Schuldigen vorgegangen wird, hat sich bisher getäuscht. Das energische Bestreben der Behörden ist mit allen Mitteln darauf gerichtet, das weitere Bekanntwerden dieses zum Himmel stinkenden Skandals zu verhindern, denn die Korruptionäre sind zu hoch gestellt in der Nazi-Hierarchie und die Summen sind gar zu gross; denn dagegen verblasst sogar der Esch-Skandal in Düsseldorf.

seiner Vergangenheit zuzutrauen, wessen er von der Gestapo beschuldigt werde. Das genügte zur Verurteilung. Gegen Scharfschwerdt und Hahn wurden verhängt je 7 Jahre Zuchthaus und 7 Jahre Ehrverlust, gegen Schlimme 3 Jahre Zuchthaus — 5 Jahre waren beantragt — und 5 Jahre Ehrverlust.

Am 20. Januar 1938 wurde gegen den Genossen Thierfelder verhandelt, ebenso geheim, wie gegen die vorigen. Auch ihm wurde zur Last gelegt, mit den allen Gewerkschaftsfreunden im In- und Ausland in Verbindung gestanden zu haben. Thierfelder hatte sich ein Konfektions- und Massgeschäft aufgebaut, in dem häufig Gewerkschaftskollegen angetroffen wurden. Er konnte mit Recht darauf hinweisen, dass er sich bei der Errichtung einer neuen Existenz zuerst auf seine alten Freunde und Bekannten stützen musste. Trotz Zeugenangebot musste das Gericht erklären, dass dem Genossen Thierfelder zwar keine hochverräterische Handlungen bewiesen seien, aber bei seiner Vergangenheit als Gewerkschaftsführer und bei seiner Intelligenz sei mit Recht anzunehmen, dass er die Beziehungen zu den Gewerkschaftern benutzt habe, um die Gewerkschaften wieder zu errichten, ebenso sei anzunehmen, dass er zu emigrierten Gewerkschaftern in Beziehung gestanden habe. Eine Verurteilung sei damit gegeben und es wurden ausgesprochen 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. In allen Fällen wurde die Untersuchungshaft angerechnet.

Feile und feige Richter haben einige Genossen unter der unbewiesenen Beschuldigung von Handlungen, die in allen zivilisierten Staaten der Welt zum unveräusserlichen Recht jedes Menschen gehören, für viele Jahre ins Zuchthaus geschickt, aber unsere Liebe und unsere Achtung begleitet sie. Die Gewerkschaftsarbeit und der Gewerkschaftsgedanke ist durch das Verbrechen ihrer Verurteilung nicht getroffen worden, das hat das Regime längst erfahren.

« Ja, die Lawine kam in Schuss »

Vor neunzig Jahren : stolzer Februar 1848

Im nächsten Jahr, am 14. Juli 1939, wird Frankreich das hundertfünfzigjährige Jubiläum seiner Grossen Revolution feiern. Wir aber haben allen Anlass, schon in diesem Jahre uns des neunzigsten Gedenktags der *Februarrevolution* von 1848 zu erinnern, weil sie die erste war, die sich auf Deutschland unmittelbar übertrug. Die Verständnislosigkeit, mit der das deutsche Volk der Grossen Revolution gegenüberstand, ermöglichte erst die dynastische Intervention und wurde so zur anfänglichen Ursache der Kriege, die bis zum Sturze Napoleons Europa erschütterten. Die Julirevolution von 1830 blieb auf der anderen Seite des Rheins ohne Wirkung. Erst beim dritten Schrei des gallischen Hahns begann Deutschland zu erwachen und sich den Schlaf aus den Augen zu reiben. Als am 24. Februar 1848 der Bürgerkrieg Louis Philipp stürzte, waren alle wachen Geister von einer Vorahnung des Kommenden erfüllt. Eine grosse Versammlung deutscher Emigranten in Paris beriet die — von Marx bekämpfte — Idee, ein Expeditionskorps auszurüsten, um die Revolution über die Grenze zu tragen. „Ja, die Lawine kam in Schuss“, jubelte Ferdinand Freiligrath und prophetisch wies er ihr die Bahn:

*Sie rollt, sie springt. O Lombardei,
Bald fühlst auch du ihr Wälzen.
Ungarn und Polen macht sie frei,
Durch Deutschland dröhnen wird ihr Schrei,
Und kein Bannstrahl kann sie schmelzen.*

Glückliche Prophezeiung! Drei Wochen später ist Metternich auf der Flucht. Auf dem Schlossplatz in Berlin zieht Friedrich Wilhelm IV. vor den Toten des 18. März seinen Hut.

So ist die französische Februarrevolution für uns Deutsche ein trostreiches und ermutigendes Kapitel der Geschichte. Wir waren im Sozialen lange den Franzosen voran, im Politischen aber leider immer hinter ihnen, und darum können wir noch mancherlei von ihnen lernen.

Rekapitulieren wir nur ein paar Daten aus dem Schulbuch: Erste französische Republik: 1792—1804, zweite von 1848—1852, dritte von 1870 bis heute.

Alle republikanischen Perioden Frankreichs sind zunächst von blutigen Klassenkämpfen erfüllt. Verelendete Massen, vom politischen Druck befreit, aber durch die Revolutionswirren zunächst in tiefere Not gestossen, revoltieren. Sie versuchen die neuen politischen Formen mit einem sozialen Inhalt zu füllen, der sie sprengen droht. Die zweite Republik mündete schon nach zehn Monaten in die Diktatur, weil sie von Klassenkämpfen zerrissen war. Als wir im Jahre 1918 die erste deutsche Republik errichteten, hofften wir ein Gebilde geschaffen zu haben, das es mit der dritten französischen Republik an Lebensdauer würde aufnehmen können. Erst später wurden wir dessen gewahr, dass wir in der Schule der Revolution höchstens beim B angelangt waren, aber nicht beim C. Es ist aber gar keine Frage, dass wir das Alphabet weiter buchstabieren werden und dabei werden uns nicht nur unsere eigenen Erfahrungen zugute kommen, sondern auch die der Franzosen.

Der Kampf gegen das Bürgerkönigs-

tum war zunächst weniger ein Kampf für die Republik als für das *allgemeine gleiche Wahlrecht*. Sein Erfolg war, dass an die Stelle von zweihunderttausend Privilegierten neun Millionen erwachsene Männer traten, die das Parlament zu wählen hatten. Das allgemeine gleiche Wahlrecht wirkte aber keineswegs zugunsten derer, denen das Volk seine Eroberung verdankte.

Zu den Wahlmisserfolgen, die sich die Sozialisten und linken Republikaner holten, trug zweifellos in starkem Masse das Experiment der *Nationalwerkstätten* bei, mit dem man das Recht auf Arbeit zu verwirklichen versuchte. Dieser Versuch konnte nichts anderes als ein dilettantisches Unternehmen sein, weil es ein Gebiet betrat, auf dem noch alle Erfahrungen fehlten. Auf die Stimmung der Bauern und Kleinbürger hat es aber ähnlich gewirkt wie die Arbeitslosenversicherung der deutschen Republik auf die gleichen sozialen Schichten, und von vielen Arbeitern wurde es vorerst noch gar nicht recht verstanden.

So fielen die Wahlen zur Kammer schlecht aus. Und die Strassenschlacht vom 24. Juni vollendete das Verhängnis. Bei der Präsidentenwahl am 10. Dezember 1848 — wer denkt da nicht an das Duell Hindenburg—Hitler? — war die Linke schon so geschwächt,

dass sie praktisch ausgeschaltet war: gegen den Junischlächter General Cavaignac stand der Putschist und Abenteurer *Louis Bonaparte*, der den Bauern Steuerfreiheit und Brechung der Zinsknechtschaft versprochen hatte, ein Mann den kein zünftiger Politiker ernst nahm. Aber dieser Bonaparte siegte über Cavaignac mit sechsfacher Uebermacht. Auch die Arbeiter stimmten für ihn. Sie entschieden damit gegen den Unterdrücker von gestern für den Despoten von morgen.

Sehr bald nach dem „glorreichen Februar“ war die demokratische Revolution und der Sozialismus in ganz Europa so gründlich geschlagen, dass fast niemand mehr an ihre Auferstehung glaubte. Und sicher fehlte es bei dieser Niederlage auch nicht an „eigenem Verschulden“. Man kann den französischen Arbeitern vorwerfen, dass sie sich, nachdem der politische Druck von ihnen genommen war, zu sehr beeilt hätten, die Gunst der politischen Lage zur Besserung ihrer elenden sozialen Verhältnisse auszunutzen, oder aber auch, dass sie auf halbem Wege stehen geblieben seien. Man kann von den Sozialisten sagen, dass sie mit geringer Erfahrung gewagte Experimente unternommen und damit den Sozialismus kompromittiert haben, oder aber auch, dass sie zu wenig konsequent, zu wenig prinzipiell und zu leichtgläubig gegenüber den Bür-

gerlichen gewesen sind. Aber was hilft es, die Weltgeschichte zu schulmeistern! Politische Ereignisse, zumal Kriege und Revolutionen, sind noch immer vorwiegend Naturvorgänge, die von menschlichen Verstandeskräften nur unzureichend kontrolliert und beeinflusst werden.

Kein Wunder, dass die Erfahrungen der Geschichte besonnene Arbeiterführer am Segen der Gewalt zweifeln gelehrt haben. Immer mehr ist bis in die Reihen der Kommunisten hinein die Ueberzeugung Gemeingut geworden, dass auch die sogenannte „formale“ oder bürgerliche Demokratie eine gewonnene Position im proletarischen Klassenkampf ist, die nicht preisgegeben und nicht leichtfertig gefährdet werden darf. Wo aber brutale Gewalt jede Aussicht auf friedlichen Aufstieg versperrt hat, bleibt nichts anderes übrig, als der Appell an jene Elementarkräfte, die seit 1789 in Frankreich und anderwärts oft zurückgeschlagen, aber immer wieder vordringen, die Kräfte des Despotismus siegreich überwand. Sie werden sich auch in Deutschland wieder erheben und das Werk vollenden, das in den Jahren 1848 und 1918 begonnen worden ist, den Bau einer Demokratie, die den Weg zu einer Neuordnung der Wirtschaft und Gesellschaft im Geiste des Sozialismus frei macht.

F. St.

Das moralische Kriegspotential

An demselben 4. Februar, an dem in Berlin die *Krise der Reichswehr* zur Entladung kam, spielte sich in Prag ein ganz anders gearteter, wenig beachteter Vorgang ab. Zu einem Publikum, das vorwiegend aus sozialdemokratisch gesinnten Deutschen der Tschechoslowakei bestand, sprach in deutscher Sprache der Oberst im Generalstab *Moravec*, ein Militärfachmann von europäischem Ruf, über das Thema „Verteidigung eines kleinen Staates“. Obwohl die Vorgänge in Deutschland mit keinem Wort berührt wurden, stellt der Vortrag in seinem positiven Inhalt eine vernichtende Kritik des gegenwärtigen deutschen Systems dar. Oberst Moravec führte u. a. aus:

„Ich glaube nicht an einen isolierten Krieg auf dem europäischen Festlande. Dieser Glaube hat Oesterreich-Ungarn irreführt, als es im Jahre 1914 Serbien überfiel, in der Annahme, dass Russland und Frankreich vor Deutschland zurückschrecken werden, das versprach, die österreichische „Strafexpedition“ mit seinem Schwerte zu schützen und so den Konflikt auf eine Grossmacht zu beschränken, welche vor den Augen des durch die deutschen Kriegsrüstungen in Angst versetzten Europas einem kleinen Staat die Kehle zusehnen wollte. Der künftige Krieg wird ein Krieg grosser Koalitionen sein. Die Verpflichtung der Staatsmänner kleiner Staaten wird dabei sein, ihr Land in den Block einzugliedern, welcher siegen wird. Und *siegen werden diejenigen, die ideell und wirtschaftlich die Stärkeren sein werden.*

Kriege ähneln nämlich ein wenig dem Fieber, das nur ein gesunder Organismus und ein gesundes Herz erträgt. Ein geniales Hirn mit schwachem Herzen überlebt das Fieber eines Krieges nicht.

Der geniale Hannibal endete durch Selbstmord als Geächteter in der Verbannung, der geniale Napoleon ging auf einer verlassenen Insel mitten im Ocean zugrunde, der geniale Karl XII. verlor in einem türkischen Asyl den Verstand, nachdem er von Peter dem Grossen bei Poltawa besiegt worden

ist. Hervorragende Köpfe, aber schwache Herzen.

Das Zusammenwirken der Führung und der Werte, welche im Kriege verteidigt werden, ergibt das, was wir das moralische Kriegspotential nennen können. Es ist dies das Zusammenwirken der Ideen, für die wir uns schlagen, mit den Fähigkeiten derer, die uns führen. Je mächtiger die Idee ist, desto stärker flammt in jedem Bürger die Opferwilligkeit auf und desto grösser ist daher auch das moralische Kriegspotential. Das grösste moralische Potential ist die Idee, für welche jedes Glied der Gesamtheit bereit ist, das Leben einzusetzen. Zu der Idee, um die gekämpft wird, muss sich eine möglichst grosse Zahl der Glieder des kriegführenden Kollektivs kennen.

In der Strategie genügt es nicht, die Hochöfen, die Ausbeute an Kohlen und Erz, die Naphthaquellen und die wehrfähigen Männer zu zählen. Es muss auch darauf gesehen werden, in wessen Diensten diese Kraft steht und was sie dem Menschen von morgen verheisst:

Fesseln oder Freiheit, Hunger oder Wohlstand, Müsiggang oder Arbeit.

Die Entwicklung zeigt, dass mit dem Fortschritt der Zivilisation und der humanitären Ideen bei den unterworfenen und zurückgebliebenen Nationen *die Sehnsucht nach Freiheit und das Bewusstsein vom Werte der Freiheit* wächst, wie wir eben in China sehen.

Eine gute Strategie bedarf einer Politik, welche allen Völkern die Hand reicht, eine antiimperialistische Politik, eine Politik, welche den eigenen Staat in das grosse Kollektivum der Friedensfreunde, das Kollektivum der Gefährdeten einreihet. Eine gute Strategie bedarf einer Politik, welche die heutige verworrene Welt vor allem wirtschaftlich und sozial reorganisieren hilft. Der Kampf um Brot und Arbeit, der Kampf

für die Freiheit der Unterdrückten

das sind Faktoren, die einmal auch strategisch ausgezeichnete Früchte tragen werden. Wenn wir nicht bloss uns verteidigen, können wir mit der Hilfe derer rechnen, deren Rechte wir durch unseren Widerstand unterstützen. Dass Frankreich nach dem Sturz Napoleons III. zum politischen Erbe der grossen Revolution zurückkehrte, erwarb ihm die Sympathie der ganzen fortschrittlichen Welt.

Der Krieg muss also strategisch gut vor-

bereitet werden, indem wir eine gute Innenpolitik treiben, damit für die Ehre, unser Bürger zu sein, freudig und stolz das Leben eingesetzt werden kann. Wir bereiten ihn vor, indem wir eine gute Aussenpolitik treiben, die der Welt unsere kulturelle Reife zeigt, unseren Sinn für Gerechtigkeit und gesunde Entwicklung der Menschheit.

Auch wenn heute irgendeine Grossmacht die Rolle Oesterreichs nach der französischen Revolution spielen wollte, wenn es ihr gelänge, eine neue heilige Allianz gegen den Fortschritt zu stiften, wird das nur eine Episode von einigen Jahren sein. Sie wird die Partie verspielen, wie das Oesterreich Metternichs sie verspielt hat.

Auch den Metternich des 20. Jahrhunderts erwartet die Verbannung.

Die Strategie eines kleinen Staates kann nicht dort ihre Kraft schöpfen, wo alte Ideen elektrisiert werden. Die Strategie eines kleinen Staates muss sich der Sonne zuwenden, die über allen gleich leuchtet, der

Sonne der Gerechtigkeit und Freiheit,

die keine bevorzugten oder minderwertigen Völker, keine Unterschiede der Rasse kennt, sondern einzig und allein Brüderlichkeit bei gleichen Rechten und Freiheiten. Ein kleiner Staat, welcher gross ist in der internationalen und in der inneren Politik, gibt seinem Soldaten, der seine Sicherheit verteidigen soll, grosse Güter in die Hand. Mit ihnen lässt sich kämpfen auf Leben und Tod. Mit ihnen kann man, wenn sich die Elemente vorübergehend gegen uns verschwären, zurückweichen, aber niemals kapitulieren.“

Der Vortrag lässt ahnen, mit welchen überlegenen moralischen Mitteln der Krieg gegen das Dritte Reich geführt werden wird, wenn seine Beherrscher wirklich toll genug sein sollten, es darauf ankommen zu lassen. Die Opposition in der deutschen Armeeführung erklärt sich ja zum grössten Teil aus dem Wissen, dass Hitler ein moralisch und materiell zugrunde gerichtetes Deutschland in einen Krieg gegen übermächtige Feinde zu führen droht und dass *unter der Hakenkreuzfahne Siege nicht zu gewinnen sind.*

Carols zweiter Staatsstreich

Die innere Verwirrung in Rumänien

Dem ersten Staatsstreich des Königs Carol von Rumänien ist rasch der zweite gefolgt. Das Kabinett Goga ist von ihm wieder davongejagt worden. Die Wahlen finden nicht statt, Carol etabliert seine eigene Diktatur und beherrscht das Land mit Hilfe des Militärs. Der Sturz Gogas hat lautes Getöse in der Presse des Dritten Reiches hervorgerufen.

Indessen ist damit weder die innere Lage Rumäniens noch sein aussenpolitischer Kurs klarer geworden. Carol wird die Politik der Zweideutigkeit fortsetzen. Ob es ihm gelingt, die politischen Kräfte im Lande selbst so restlos zu unterdrücken, wie er es vorzuziehen scheint, ist eine ganz andere Frage.

Der nachstehende Artikel unseres Mitarbeiters Konrad Treu, der vor dem zweiten Staatsstreich Carols geschrieben ist, charakterisiert die Verwirrenheit der Lage in Rumänien.

K. T. Was in den letzten Wochen in Rumänien vorging, war ein doppelter Staatsstreich: ein Staatsstreich des Königs gegen die ungeschriebenen Verfassungsgesetze Rumäniens, ein Staatsstreich des Volkes gegen die ältesten Traditionen des selbständigen Rumäniens. Beides nur verständlich auf dem Hintergrund der terroristischen und von der braunen Internationale geführten Offensive des Faschismus in Südosteuropa.

Der Staatsstreich des Königs begann mit den Verhandlungen über die Regierungsumbildung vor den Parlamentswahlen. Die oberste Regel dessen, was sich in Rumänien Parlamentarismus nennt, besteht darin, dass die grossen Parteien alternierend vor den Neuwahlen die Regierungsbildung übernehmen und im Besitze der Regierungsgewalt sich ein ihnen gefügiges Parlament schaffen. Mit dem Herannahen des Wahltermins war daher nach dieser goldenen Regel der rumänischen Politik der Zeitpunkt gekommen, da an die Stelle der Liberalen Partei, die unter wechselndem Vorsitz seit Jahren an der Macht gewesen war, die einzige andere grosse demokratische Partei Rumäniens, die nationalzaranistische Bauernpartei, ihr Erbe antreten sollte. Ueber den Termin waren verschiedentlich Verhandlungen zwischen den Nationalzaranisten und dem König geführt worden, dem es dabei immer wieder gelang, die wachsende Unruhe der Bauernpartei, die um ihrer guten Beziehungen zum König willen ihren Parteiführer Maniu in der Versenkung hatte verschwinden lassen, zu besänftigen. Als dann aber schliesslich die Entscheidung herankam, verstand der König, sich durch ein durchsichtiges Manöver der Nationalzaranisten zu entledigen und

sein persönliches Werkzeug Tatarescu weiter im Amt zu belassen. Der Schein des rumänischen Parlamentarismus war durchbrochen, der königliche Absolutismus, der in Wahrheit seit der Rückkehr Carols im Sommer 1930 bestand, wurde sichtbar.

Die ganze Tragweite dieser Zerstörung des Mechanismus, mittels dessen Rumänien seit jeher regiert worden war, trat schon in den nächsten Tagen in Erscheinung. Von den drei grossen Massenströmungen, die in der rumänischen Öffentlichkeit bestehen, waren nun zwei in schärfster Opposition zum König. Die Nationalzaranisten, vom König zurückgestossen, wandten sich enttäuscht ihrem früheren Parteiführer Maniu zu und nahmen unter seiner Leitung den Kampf gegen den königlichen Absolutismus auf. Auf der anderen Seite stand die „Eiserne Garde“ Codreanu, die seit ihrer Auflösung als „Liga: Alles für das Vaterland“ ihre terroristischen Aktionen führte, in schärfster Opposition gegen den König und den ihn umgebenden, keineswegs „rasenreinen“ Personenkreis. Für die Dynastie war nur die — durch jahrelange Regierungsausübung geschwächte — Liberale Partei und der grosse Haufen von Zwergorganisationen, von denen die Christlich-nationale Partei Goga's und Cuza's die grösste ist.

Diese Situation des Zweifrontenkampfes ist für ganz Südosteuropa typisch. In allen Ländern östlich vom Rhein, in denen die Demokratie untergegangen ist, steht die diktatorische Regierung im Kampf zugleich mit einer von der braunen Internationale dirigierten faschistischen und einer demokratischen Opposition. Der Einbruch des Faschismus in den südosteuropäischen Raum hat überall die Wirkung gehabt, dass die demokratischen Kräfte gelähmt und die Regierungen, die über dem Konflikt zwischen

Demokratie und Faschismus stehen, in Diktaturen umgewandelt werden. Das klassische Beispiel dafür war der Zweifrontenkampf in Oesterreich, aber kein einziges Land Südosteuropas ist von dieser Erscheinung völlig frei geblieben. Das Eigenartige in Rumänien ist nun, dass dort das seltsame Experiment einer Art Koalition der Demokratie und des Faschismus gegen die vorhandene diktatorische Staatsgewalt, in diesem Fall den König, gemacht wurde. Es ist annähernd so, als ob sich in Oesterreich 1934 die Sozialdemokratie mit dem Hakenkreuz gegen Dollfuß verständigt hätte.

Nun ist freilich die Eiserne Garde in Rumänien bei weitem nicht so stark, wie es das Hakenkreuz in Oesterreich im Jahre 1934 war und die österreichische Sozialdemokratie übertraf bei weitem die Nationalzaranistische Partei an organisatorischer und ideeller Kraft. Der König war daher durchaus imstande, die seltsame Koalition zwischen Maniu und Codreanu, dieses Waffenbündnis der faschistischen und der demokratischen Kräfte, abzuwehren. Aber noch weiter auf den Weg des königlichen Absolutismus führte. Die Tatsache, dass zum ersten Mal in der rumänischen Geschichte eine Regierungspartei bei den Wahlen geschlagen wurde, kennzeichnet die Einzigartigkeit der politischen Situation, die der König leichtfertig heraufbeschworen hatte. Carol war daher genötigt, zu der relativ stärksten unter den kleinen Gruppen Zuflucht zu nehmen, ein Partei mit der Regierungsbildung zu beauftragen, die nicht einmal zehn Prozent der Stimmen erhalten hatte, während die zwei nunmehr wichtigsten politischen Organisationen des Landes, Bauernpartei und Eiserne Garde, in erbitterter Opposition stehen. Der Versuch Manius, mit Hilfe des Faschismus den königlichen Absolutismus zu schlagen,

führt zunächst zu einer noch weit offeneren Deklaration der königlichen Diktatur — und zu einer Schwächung der demokratischen Kräfte.

Unzweifelhaft hat die Nationalzaranistische Partei weitaus schlechter abgeschnitten, als sie erwarten durfte, während die Eiserne Garde durch die Verständigung mit Maniu einen enormen Prestigegewinn erhielt. Ueberdies aber hat die Berufung der Regierung Goga-Cuza auch die rumänische Aussenpolitik ins Wanken gebracht und damit dem rumänischen Faschismus neue Stützen im Ausland gegeben.

Der eigentliche Nutzniesser der Wendung in Rumänien ist allerdings weit weniger das Dritte Reich als zunächst der italienische Faschismus. Während in der jüngsten Vergangenheit alle Anbiederungsversuche Roms von Bukarest hinhalten behandelt wurden, hat das neue Kabinett die Annäherung an den südlichen Kopf der „Achse“ bereits vollzogen. Das Prestige Mussolinis in Bukarest war seit seiner Mailänder Rede im November 1936, in der er sich leidenschaftlich für die ungarischen Revisionsforderungen aussprach, sehr tief gefallen. Das Kabinett Goga aber in seiner inneren Schwäche braucht die Anlehnung an das diktatorische Staatensystem in Mittel- und Südosteuropa. Deutschland kommt als unmittelbarer Partner nicht in Frage, solange es den Konkurrenzfaschismus der Eisernen Garde unterstützt — und solange Rumänien um seiner Aufrüstung willen auf die tschechoslowakische und französische Rüstungsindustrie angewiesen ist. So hat Goga die — freilich etwas umstrittene — Abstammung der Rumänen von den römischen Legionen Trajans als Legitimation für das Lieblingen mit dem faschistischen Rom benutzt — im Vertrauen darauf, dass Mussolini um dieser neuen Freundschaft willen wie schon so oft eine andere Freundschaft opfern werde. Es ist kaum anzunehmen, dass Mussolini in der nächsten Zeit sich ebenso wie früher für den ungarischen Revisionismus erwärmen wird...

Kriegspropaganda fürs Volk

Kanonendeutschlands Sonntagsspaziergang

Man schreibt uns:

Die Machthaber des Dritten Reiches beteuern ihre friedliche Gesinnung, aber alles, was das Regime tut, geschieht, um die Kriegsmaschinen im Ernstfall zu leisten. Nicht nur die der militärischen Macht und des wirtschaftlichen Apparats, sondern auch die des Volkes. Die Propaganda versäumt keine Gelegenheit, die Militärbegeisterung der Zivilbevölkerung zu fördern und damit indirekt auch den Kriegswillen der Menschen zu schüren; die Neigung, der Wunsch, schliesslich einmal auch zu sehen, was die Soldaten und die schönen Kriegsmaschinen im Ernstfall zu leisten vermögen, muss sich als Ergebnis der unermüdeten Propaganda ganz von selbst einstellen.

Es ist nicht zu leugnen, dass die Arrangeure dieser Propaganda dabei Methoden anwenden, deren psychologische Wirksamkeit wohl berechnet ist. Der Erfolg zeigt es. Die Mittel sind neuartig; auf Militärpara-

den beschränkt man sich nicht. Man lässt die Leute zu tausenden in die einst so schwer zugänglichen Kasernen und gibt ihnen sogar die Waffen gewissermassen als Sonntagsspielzeug in die Hände.

Einer der ersten Januarsonntage dieses Jahres, zugleich ein „Eintopfsonntag“, war als „Tag der Wehrmacht“ proklamiert worden. Wie er sich zum Beispiel in der *Dresdner Garnison* abgespielt hat, erfährt man in allen Einzelheiten aus dem sechs Spalten langen Bericht des „Dresdner Anzeiger“. Der Kommandant von Dresden, Generalmajor von Keiser, war der Organisator des Massenbetriebs, der sich in acht Dresdner Kasernen abspielte. Es war wirklich ein Massenbetrieb: 80 000 Eintrittskarten wurden abgesetzt, 25 000 Programme und 10 000 Essenmarken waren bereitgestellt. Die NSDAP und ihre Gliederungen, KdF, NSF und Hitlerjugend, Reichsnährstand und Polizei und der gesamte Verkehrsapparat waren in den Dienst des Tages gestellt.

„Bevor die Kasernen um 9 Uhr sich öffneten, mussten inzwischen wegen des starken Zuspruchs bereits Sonderwagen der Strassenbahn in Richtung Kasernenviertel eingesetzt werden. Manchem Frühaufsteher ist trotzdem seine Bahn überfüllt vorbeigeglitten. Jeder wollte dabei sein, die meisten hatten sich zudem sehr frühzeitig auf die Beine gemacht. Selbst die kalte Witterung mit dem scharfen Nordost tat im Verlauf des Tages der Begeisterung keinen Abbruch.“

Man kann sich vorstellen, wie den Lesern noch nachträglich das Herz höher schlägt, wenn der „Dresdner Anzeiger“ den Aufbruch der Kasernenbesucher in unnachahmlicher Verkitschung also schildert:

„Mancher Familienvater führte daheim zu einer für sonntägliche Verhältnisse erschreckend frühen Stunde ein zackiges Wecken durch. Er war aller Erinnerungen voll. Da wurde hinter der Vorsaaltür angetreten und dann nach alter Regel in Schützenlinie „ausgeschwärmt“. Mit verzweifeltem Mute führte er schliesslich

Innerer Feind

Braune Bürgerkriegsromantik

In seinem denkwürdigen Vortrag hat, wie man sich noch erinnert, der SS-Führer Himmler vor Reichswehroffizieren seine Thesen über den „inneren Kriegsschauplatz“ entwickelt. Sie gipfelten in einem totalen Einsperrungsrezept und in der Aufrichtung eines Ueberwachungsregimes, das die Gestapo vor Aufgaben von beispielloser Schwierigkeit stellt. Himmler hat das Verdienst, eine für die Faschisten in aller Welt gültige Strategie zur Niederringung des inneren Feindes formuliert zu haben, ehe noch der äussere Feind sich den Siegern zur Zerschmetterung darbietet.

Aber solche Aufgaben müssen in der Praxis gelernt sein! SS, Polizei und die anderen bewaffneten Formationen des Dritten Reiches genügen dafür nicht! Nach dem Willen Himmlers und seiner Helfer muss jede braune Organisation in der Niederzwingung des inneren Feindes vorgeschult sein. Seit einiger Zeit liest man in der nationalsozialistischen Presse ausführliche Berichte über entsprechende Exerzitien. Es werden reguläre militärische Attacken mit letzter technischer Finesse organisiert, damit man für den Fall eines Krieges im Kampfe gegen den inneren Feind auch recht in Uebung sei, aber man muss eine solche Uebung schon im Detail verfolgen, um sich ein richtiges Bild zu machen.

Attentatsromantik

Einer der zahlreichen Berichte beginnt folgendermassen: „Es ist noch dunkel um diese frühe Morgenstunde des Sonntags. Die Grossstadt schläft noch, als die Männer des SA-Sturmabannes 1-36 bereits antreten. Während Sturmabannführer Kersten die Sturmführer und den Sturmabannstab um sich versammelt, um die Erfordernisse der grossen Einsatzübung durchzusprechen und letzte Befehle auszugeben, werfen die Männer in den angetretenen Sturmformationen zufriedene Blicke zu dem aufdämmernden Firmament, das einen schönen Morgen erhoffen lässt. „Es braucht kaum erwähnt zu werden, dass jeder „vor Erwartung zittert“, um seiner grossen Aufgabe gerecht zu werden, die sich aus dem folgenden Einsatzbefehl (nach dem „Westdeutschen Beobachter“) ergibt:

„Die Sicherheitspolizei hat gemeldet, dass auf einen bestimmten Zug der Strecke Köln — Bergisch-Gladbach — Benberg von staatsfeindlichen Elementen ein Attentat geplant sei. Der Sturmabann 1-36 hat die Sicherung über eine Strecke von rund zwei Kilometern zu übernehmen.“

Mit diesem Befehl in der Hand ziehen nunmehr die Männer des Sturmabannes zum Kriegsschauplatz, der sie — sein Name ermangelt nicht der Ironie — über die „Lustheide“ führt.

Ran an den Feind!

Da, Kameraden — seht die Schneespuren und Stiefelabdrücke auf dem Bo-

den! Old Shatterhand und Winnetou in braun sind in fieberhafter Aufregung. Da ist sie schon, die Räuberbande, die ein Gehöft „überfällt“:

„Verwegene Gestalten umlagern ein Lastauto, aus dem Handgranaten und höchst verdächtige Waffen ausgeladen werden. Wir sind mitten in die Höhle des Löwen geraten, in das Standortquartier des Rollkommandos, das in Stärke von 25 Mann den Auftrag hat, Attentate auf den Zug oder den Bahnkörper zu verüben. Die Männer des Rollkommandos haben ihren Auftrag richtig verstanden und werden auch äusserlich ihrer Rolle gerecht.“

„Da sehen wir einige Kameraden in Arbeitskitteln als „verbrecherische Staatsfeinde“, zwei haben sogar eine richtige Bahnwärteruniform irgendwo ausgeliehen.“

Natürlich haben die maskierten Untermenschen, die sich merkwürdigerweise sehr gerne zur Erfüllung ihrer Aufgabe von ihrer SA-Formation abkommandieren liessen, militärische Ausbildung genossen. Sie machen den Männern der „Ordnung“ allerhand zu schaffen, als daraufhin ein richtiger Kampf beginnt. Es ertönen Schüsse aus Schreckschusspistolen, es platzen Handgranaten, man wird endlich handgreiflich, als einer der Saboteure seinen Sprengkörper aus einer Fichte, in die er sich verborgen hatte, auf den Bahndamm schleudert, aber: Schon haben die Sicherungsmannschaften den Täter gefasst, es entsteht ein wildes Ringen, dann ist der Attentäter in ihrer Gewalt.

Auch die anderen Saboteure können nach kurzem Kampf gefasst werden, wobei es mehrere Verwundete gibt, denn die Verbrecher machen auf ihrer Flucht lebhaft von Handgranaten Gebrauch. Dort, wo solch ein Ding mit hörbarem Krach explodiert, gelten alle Männer im Umkreise von 30 Metern als verletzt, sodass der Sanitätssturm alle Hände voll zu tun bekommt.“

Da werden sie denn davongetragen, die Leichen, aber sie sind voller Genugtuung: „Der Sieg war unser!“

Sammeln nach dem Siege

Der grosse Erfolg des SA-Einsatzes und die tadellose Durchführung des Sturmbefehls wurden durch einen Schlüsselausspruch gekrönt. Brigadeführer Hövel, der Führer der Standarte 136, der Sturmabannführer Kersten und andere Prominenz rühmten die Disziplin der SA-Männer, die gezeigt hätten, dass sie im Ernstfall ihren Mann stehen könnten. Dann nahm man die gefassten Attentäter in die Mitte, machte mit ihnen zunächst einen Propagandamarsch und stellte sie symbolisch an die Wand. Viel Volk war herbeigeströmt und sah wie die Helden des Tages die Feinde in schöner Ordnung niederschossen. Worauf man gemeinsam zum nationalpolitischen Erziehungsheim in Benberg zog, einen Vortrag über die weltanschauliche Erziehungsarbeit des Nationalsozialismus hörte, ein Abendessen einnahmen und den gelungenen Tag mit einem Kameradschaftsabend bei viel Bier beschloss.

seine „Gruppe“ zum Sturmangriff auf die Strassenbahn. Und nachdem er minutenpünktlich 9 Uhr das Kasernentor erreicht und durchschritt hatte, erspähte er mit geländekundigem Blick den strategisch wichtigsten Punkt des Hofes und besetzte ihn. Denn er wollte etwas sehen. Alle wollten etwas sehen. Die ganze Stadt stand auf und wanderte nach Norden.“ Geboten wurde ein regelrechter Reichswehr-Zirkus. Alarm der in den Kasernenstufen „schlafenden“ Soldaten, Hindernislauf vom Bett aus zum Stellplatz, Infanterieangriff mit Maschinengewehren, Infanteriegeschützen, Handgranaten und Leuchtkugelsignalen auf ein markiertes Dorf, Reigen- und Hindernisfahren der Kraftfahrer der Panzerabwehrkompanie, Kleinkaliber-schiessen, Vorführung eines ferngesteuerten Motorrades, Geschützexerzierer der Artillerie, Führungen durch Munitionsmuseum, Geräteübungen der Flieger- und Nachrichtentruppen, Rundfahrten fürs Publikum in Reichswehrautos und auf Krümperwagen, Besichtigungen der Pferdeställe, Reitvorführungen in der Kriegsschule, ein Soldatenkarneval „Schlag auf Schlag“, am Abend eine „Flaggenparade im Lichtdom“, den zwölf riesige Scheinwerfer in den Winterhimmel strahlten, und nicht als Unwichtigste: zu Mittag Einlopf-Nudeln aus der Gulaschkanne. Mit Militärmusik. Militärisch traten die Besucher an zum Tellerfassen, Löffelfassen, Essenfassen. Aber das muss man in der „Anzeiger“-Sprache lesen:

„Kind und Weib und Mann, einer nach dem anderen. Die riesige Exerzierhalle des IR 10 fermochte die Massen kaum zu beherbergen. Da sassen sie an endlosen Tafeln und standen gedrängt in Ecken, den Teller in der Hand. Und löfelten Nudeln mit Rindfleisch. In brodelndem Qualm hockten die Köche auf den Kesselrändern der „Gulaschkannen“. Unermüdet tauchten die Kellen und schwappten Schlag auf Schlag. Ein Topf — ein Rhythmus der klappernden Löffel. Denn der Spielmannszug des zweiten Bataillons schmetterte einen zackigen Marsch nach dem anderen. Hoch wirbelten die Schlägel über das Fell; eisern stand der Tambourmajor. Wer satt war, sah ihnen zu. Ein zünftiger, kräftiger Chor des dritten Bataillons löste ab. Die Nudeln und die Lieder — alles noch wie zu unserer Zeit, nickten die Alten zufrieden, fühlten sich wieder sehr jung und hatten ein bisschen Sehnsucht. — Schmeckt's, Mutter? Oh, fein können die Soldaten kochen; das muss sie schon zugeben.“

Vor allem aber: die Besucher durften selbst mit den Geräten und Waffen ein bisschen spielen. Bei den Nachrichtentruppen durften sie telefonieren, funksprechen und morsen. Und als etwas Besonderes hebt es der „Anzeiger“ hervor, dass die

„Besucher die verschiedenen Flakgeschütze, Scheinwerfer und Horchgeräte nicht nur erklärt erhielten, sondern auch bedienen konnten. Ehemalige Soldaten wie die Jugend: jeder wollte einmal durch das Zielfernrohr sehen und ein Flakgeschütz selbst auf eine der Schiessscheiben mit den auf ihnen abgebildeten Flugzeugen richten oder vielleicht sogar aus dem grossen Flakgeschütz einen Schuss abfeuern.“

Dieses „Besondere“ illustriert er auch durch Abbildungen nach photographischen Aufnahmen, auf denen man ein junges Mädchen Probeschüsse mit einem Maschinengewehr abgeben und Schulkinder ein Geschütz umringen und den Kanonier das

„Feuerkommando“ geben sieht. Und zusammenfassend bewertet der „Anzeiger“ die „Darbietungen“ in ihrer propagandistischen Bedeutung:

„Selbstverständlich waren die reichhaltigen Vorführungen, die Möglichkeit, ein Gewehr in die Hand zu nehmen, den Putronengürt durch ein Maschinengewehr zu jagen, ein Geschütz abzufeuern, oder was sonst noch geboten wurde, ein Anziehungspunkt. Mancher hat sich bei dieser Gelegenheit seiner eigenen Soldatenzeit erinnert. Ebenso lebhaft war das Interesse der Jugend und die Freude,

sich aktiv einschalten zu können. Künftig wird es in keiner Familie mehr an Verständnis für militärische Fachausdrücke fehlen. . . . Aber wichtiger war die Gelegenheit, vom Ausbildungsstand der Soldaten, von der Waffentechnik und dem Waffengebrauch der breiteren Öffentlichkeit, die sonst keine Möglichkeit dazu findet, einen Ueberblick zu geben. Seit dem Erlass des Gesetzes für den Aufbau der Wehrmacht haben die Dresdner wohl kaum so stark in die militärischen Erziehungsaufgaben Einblick gewinnen können, wie am „Tag der Wehrmacht“. Und die Wehrpflicht soll und will ja nichts

anderes sein als die grosse Schule der Nation. Bei der Begriffsbestimmung der Wehrmacht als Waffenträger und soldatischer Erziehungsschule des deutschen Volkes muss die Verbindung nach beiden Seiten eng gehalten werden.“

In der Ueberschrift nennt er diesen Tag eine „Brücke von Wehrpflicht zur Wehrbereitschaft“. Er hätte getrost schreiben können: zur *Kriegsbereitschaft*, zur *Kriegswilligkeit*. Denn so ist diese Propaganda gemeint. Und so wirkt sie auch, indes die Machthaber des Dritten Reiches die Welt mit Friedensbeteuerungen einzulullen trach-

Ende der Arbeitslosenversicherung

Hilfsbedürftigkeit statt Rechtsanspruch

Wenn es Feste zu feiern gilt, sind die Nazis bei der Ermittlung von Jubiläen nicht silzu zaghaft. So wurde erst vor mehreren Wochen die Feier des zehnjährigen Bestehens der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit viel Getöse begangen. Die Reichsarbeitslosenversicherung ist zwar eine ausgesprochen soziale Errungenschaft der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokraten, die in jahrelangen Kämpfen der Reaktion und den ihr verbündeten Nazis abgezwungen werden musste, aber was tuts, die „nationale Revolution“ hat auch dieses Eigentum der schaffenden Menschen Deutschlands geraubt — also Ehrung des gestohlenen Gutes.

Die Zehnjahresfeier der Arbeitslosenversicherung war ein umso dreisteres Beginnen, als sie im Dritten Reich Stück um Stück ausgelöst und abgebaut worden war. Der Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung entsprach dem Grundsatz der Weimarer Verfassung des Rechtes auf Arbeit. Der unverschuldet durch das kapitalistische Wirtschaftssystem zur Beschäftigungslosigkeit verurteilte Arbeiter oder Angestellte sollte nicht mit Almosen abgespeist werden, er hatte in jedem Falle vom Staat einen Lebensunterhalt zu fordern.

Noch ebe das fünfte Jahr Naziherrschaft zu Ende ging, hat das Regime in einer ganzen Reihe von Erlassen und Verordnungen der Arbeitslosenversicherung den Todesstoss versetzt, geblieben ist lediglich der Name, d. h. die Arbeiter müssen Zwangsbeiträge für eine zur reinen Wohlfahrtseinrichtung herabgedrückte Unterstützungseinrichtung bezahlen. Am 22. Dezember 1937 erschien die Verordnung über Abschaffung der Krisenfürsorge, nachdem schon seit Jahresfrist die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge keine getrennten Rechnungsausweise mehr veröffentlicht hatten. Das Versicherungsprinzip stand längst nur noch auf dem Papier. Die Krisenfürsorge war ursprünglich eine vom Reich, den Ländern und Gemeinden getragene Institution für diejenigen Arbeitslosen, die nach 52 Wochen aus der Versicherung ausgesteuert, weiter unterstützt werden sollen. Nun ist auch die letzte Hülle gefallen, Krisenfürsorge und Versicherung sind eins geworden. Dabei ist nicht etwa die Krisenfürsorge der Versicherung angepasst und verbessert worden. Es ist echt nationalsozialistisch, dass umgekehrt die Arbeitslosen-

versicherung ihr Versicherungsprinzip der ungünstigeren Krisenfürsorge geopfert hat. Am gleichen Tag erschien nämlich eine zweite Verordnung über die Neuordnung der unterstützenden Arbeitslosenhilfe. Sie stützt sich auf die einst so bekämpfte Notverordnung Hindenburgs vom 5. Juni 1931. Mit dieser Ermächtigung aus der verfluchten „Systemzeit“ ist am 22. Dezember 1937 im Zeichen der Hochkonjunktur „zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ der Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung dauernd aufgehoben worden. Der einleitende Paragraph besagt zwar, dass die Unterstützung ohne Beschränkung der Dauer gewährt werden soll, doch wird gleichzeitig dem Präsidenten der Reichsanstalt die Befugnis erteilt, für ganze Bezirke und Personengruppen bis auf 120 Unterstützungstage Verkürzung anzuordnen. Das Kernstück dieser „Neuregelung“ aber ist die obligatorische Einführung der *Bedürftigkeitsprüfung*. Damit ist

das *Versicherungsprinzip aufgehoben*. Die deutschen Arbeiter und Angestellten werden zurückgeworfen in die Zustände der Vorkriegszeit, wo der Arbeitslose mangels eines Unterstützungsanspruchs dem Lohndiktat des Unternehmers ausgeliefert war. Die Zwangslage des Arbeitslosen ist noch schlimmer als damals, denn die Lenkung des Arbeitseinsatzes wird mit der *Bedürftigkeitsprüfung* organisch verbunden. Die Deutsche Arbeits-Korrespondenz hebt hervor:

„Die neuen Grundsätze über die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit der Arbeitslosen lösen die Arbeitsämter in dieser Frage aus ihrer bisherigen Abhängigkeit von den Gutachten der Gemeindebehörden.“

Da die von der Versicherung erfassten Erwerbslosen gleich den Wohlfahrts-erwerbslosen der *Bedürftigkeitsprüfung* unterworfen werden, ist die Abschiebung aus der Versicherung an die Gemeinden überflüssig geworden. Der Präsident der Reichsanstalt will möglichst alle Arbeitsfähigen dem Diktat der Arbeitsämter unterstellen und schreibt:

„Darum sollen arbeitsfähige Arbeitslose grundsätzlich nicht in die allgemeine Fürsorge der Gemeinden abgedrängt werden, weil dann immer die Gefahr besteht, dass sich solche Arbeitslose auf die eigene Arbeitssuche begeben. Dadurch könnte die Lenkung des Arbeitseinsatzes nur gestört werden.“

Dieser brutale Rechtsbruch gegenüber den Beitragszahlern der Arbeitslosenversicherung erfolgt in einem Augenblick, in dem das Dritte Reich zum ausgesprochenen Nutzniesser dieser Beitragsleistungen geworden ist. Die Reichskreditgesellschaft berichtet in ihrer Finanzübersicht, dass das Reich in den abgelaufenen fünf Jahren allein an eingesparten Ausgaben für Arbeitslosenhilfe 7,5 Milliarden Reichsmark für andere Zwecke zur Verfügung hatte. Dabei wird verschwiegen, dass nicht nur an Unterstützung gespart, sondern gleichzeitig aus den Beitragsüberschüssen dem Reich jährlich über eine Milliarde als Zuschuss für seine Kriegskasse erwächst.

Der deutsche Volkswirt erläutert den geschröpften Volksgenossen, dass angesichts der grossen Staatsaufgaben eben der Einzelhaushalt zu einem gewissen

Verzicht auf Konsum

bereit sein muss. Neben freiwilligen Ersparnissen zur Zwischenfinanzierung der Rüstung bestehe aber auch der Zwang zur höheren steuerlichen Leistung. Die gegenwärtige steuerliche Leistung eile, wie das Blatt meint, der Entwicklung des Volkseinkommens wesentlich voraus. Das errechnete Volkseinkommen hätte 1937 noch 10 % unter dem von 1938 gelegen, während die Steuerleistung diejenige von 1928 um 40 % übersteigt. Das gilt für den deutschen Bürger im allgemeinen. Bei den Arbeitern und Angestellten aber kommt der Zwangsbeitrag zur Arbeitslosenversicherung als zusätzliche Steuer hinzu, während ihm sein wohlverworbenes Recht als Versicherter seit dem 22. Dezember 1937 mit einem Federstrich geraubt worden ist.

Aber schliesslich ist die Zerschlagung des Rechtsanspruches in der Arbeitslosenversicherung nur die eigengesetzliche Folgerung des Faschismus im Land ohne Recht.

Neue Lyrik

„Wenn ich manchmal müde werde,
müde aller Alltagsorgen,
wenn die Arbeit dieser Erde
mich schon drückt am frühen Morgen,
wenn des Tagwerks gleicher Rahmen
Grau und öde sich erweist,
dann genügt es, wenn den Namen
unsres Führers man mir heisst.
Helene Schiffer“
(In der „Preussischen Zeitung“ Nr. 29.)

Generalsfrauen

Um es gleich zu Anfang zu sagen: es ist eine Geschichte von Mesallianzen. So etwas gab es im Vorkriegsdeutschland im Bereich der alten Armee recht häufig, wenn es nötig war, einen etwas angeknabberten feudalen Stammbaum zu okulieren oder zu vergolden. Dabei musste freilich auf Grund des prompt einsetzenden Kasinoboykotts in vielen Fällen der bunte Rock ausgezogen werden. Aber wenn die Mitgift hoch genug war, wurde selbst die Mariage mit einer Dame aus dem ältesten Adel der Welt toleriert, sofern er durch Taufe aus dem Reiche Moses' formell ausgeschieden war.

Da kam die deutsche Republik und forderte die Ueberwindung aller Standesvorurteile. Generäle fingen an, ihre Sekretärinnen zu heiraten, sofern sie Bürodienst hatten. Im Jahre 1931 nahm sich der damalige Kriegsminister General Gröner, um der Einsamkeit des Wittwers zu entfliehen, seine Schreibmaschinistin zum Weibe. Die Nobilitäten der Reichswehrführung, denen dieser General mit verdächtigem demokratischen Vorleben nicht behagte, legten um ihn im engen Einvernehmen mit Herrn von Schleicher, den Chef des Ministeramtes, einen Kordon der Achtung. Endlich stellte man ihm bei dem alten Herrn auf Neudeck ein Bein. Eine Fotografie, auf der man den General einen Kinderwagen schieben sah, führte, wie die politische Fama behauptet, zu seinem Sturz.

Nun hat Hitlers bisheriger Reichswehrminister, ebenfalls im vorgerückten Alter ein Mädchen von gleichem kleinbürgerlichen Stamme und gleichen Büroqualitäten

mit der Myrte geschmückt. Bei den Herren vom Generalstab und den Generalen der aktiven Armee war „der Hitlerjunge Quex“, wie sie ihn nannten, nicht sehr beliebt. Die Militärs fanden ihn, wenn er den Reden seines Herrn und Führers lauschte und die banalsten Sätze durch begeistertes Kopfnicken unterstrich, einfach lächerlich. Von einigen Mitgliedern der feudalen Innung mit den roten Streifen wurde sogar, wie man glaubhaft versichert, eifrig nach dem Stammbaum dieses früheren Fräuleins Grün verlangt, das den Herrn Generalfeldmarschall von Blomberg mit solchem Erfolg umgirt hatte. Während er mit ihr auf Capri des Honigmondes pflog, wurde er gestürzt.

Aber es gibt, um gerecht zu sein, eine Generalsfrau, die den Aufstieg ihres Gatten zum höchsten militärischen Rang ohne Enttäuschungen begleiten durfte. Muss man ihren Mädchennamen nennen? Emmy Sonnemann, heute die einzige aktive Feldmarschallin der deutschen Volksgemeinschaft ist, wenn sie diademgeschmückt im Silberbrot in der Öffentlichkeit erscheint, keine Theaterprinzessin mehr, sondern die Idealgestalt eines blonden deutschen Weibes. Es liegt in der Linie der irdischen Gerechtigkeit, dass sich endlich einmal die Tröstung eines Wittwers mit vielen Sternen und Streifen gelohnt hat! Wenn man recht unterrichtet ist, wird es demnächst auf Karinshall in der Schorfheide eine spitzenbesetzte Wiege geben, über deren Inhalt sich ein hohes Paar glückstrahlend neigt.

Es ist der Nachwuchs der neuen imperialen Hierarchie, der bereits in der Wirtel den Marschallstab trägt, sofern es, wie es sich in der Nähe von Wisenten und Elchen geziemt, ein Junge ist. H.

Der kranke Dichter

Der lungenkranke rheinische Dichter Wilhelm Schmidtbonn lebt seit Jahren fern der neudeutschen Heimat in Ascona. Nun hat ihn ein Schmock der „Kölnischen Volkszeitung“ besucht und berichtet in zwei Spalten, es sei für diesen echt deutschen Dichter eine Tragik, dass er im Ausland leben müsse:

„Und die Tragik ist doppelt schwer, seitdem das kleine Ascona mehr und mehr von gewissen „Grossen“ bevölkert wird, die auf Grund ihres Verhaltens von der Heimat der Berechtigung zur Führung des deutschen Namens für verlustig erklärt werden mussten (man beachte dieses Deutsch. Die Redaktion des „Neuen Vorwärts“) und die darum alles, was „deutsch“ heisst, mit einem unauslöschlichen Hass verfolgen. Aber wie immer der Druck den Gegendruck erzeugt, so zeigt sich gerade hierbei das Wesen Wilhelm Schmidtbonns im schönsten und reinsten Licht. Als ob die körperliche Ferne und der heimatlose Ungeist das Bild der Heimat geistig erst recht nahebrächte, klingt hier unter südlicher Sonne ein Sehnsuchtslied auf, so voll und so tief, wie es schlechthin nur der nordische Mensch anzustimmen vermag. . . .“

Und nun fragt er den Besucher nach der Heimat. Was er alles fragt und erfährt, darüber kann uns Schmock nichts sagen. Immerhin ist dies Verschweigen ziemlich beredt und wird gegen den Schluss hin noch beredter:

„Und bald formte ich mir ein Bild: Hier sass also im sonnigen Süden ein deutscher Mensch, ein rheinischer Dichter, krank am Körper, aber noch mehr krank an der Seele. . . . Und so fragte er immer wieder und immer weiter und er-

zählte dazwischen von seiner Sehnsucht, die keine Sonne und keine Schönheit zu heilen vermochte, die unerfüllt bleiben musste, weil die Heimat diese Heilung nicht zu schenken imstande war.“

Krank an der Seele? Was alles nagt an seinem Herzen? Viele Deutsche sitzen unfreiwillig im Ausland und leiden, weil ihnen das neudeutsche Elend und die braune Barbarei Ruhe und Lebensfreude rauben. Sollte es bei Schmidtbonn dieselbe Krankheit sein? Man weiss, dass er nicht zu den Geachteten zählt, und in literarischen Kreisen drüben rechnet man ihn zur konservativen Opposition. In den zwei Spalten Bericht ist nicht eine einzige Verbeugung Schmidtbonns vor dem Führer, kein Wort der Anerkennung oder des Beifalls für das System. Und das pflegt doch sonst in solchen Feuilletons zu den Selbstverständlichkeiten zu gehören. Das Ganze fällt unter die Rubrik: Getarnte Meckerei.

Vandalen

Es ist so viel von den Kunstdenkmälern die Rede, die der Führer errichten lässt. Diejenigen, die er vernichten lässt, sind leider — mehr der Rede wert.

Ein paar Beispiele:
Bernhard Hötgers: „Niedersachsen-Stein“ auf dem Weyeberg, einem Hügel in Worpswede, wird in Kürze auf allerhöchsten Befehl entfernt werden. An seiner Stelle wird ein Naziehrenmal errichtet. . . .

Ernst Barlachs berühmtes Gefallenen-Gedenkmal in Hamburg wird ebenfalls abgetragen. Schlimmer noch: es wird „umgestaltet“. Barlachs Plastik wird entfernt und durch die Arbeit eines „nationalsozialistischen Künstlers“ ersetzt werden. . . .
Vandalen!

Bankrott der Agrarwirtschaft

Es wird ihnen selber angst

Dem deutschen Volk fehlt allerlei, was früher reichlich zu haben gewesen ist, und es wird ihm immer wieder eingeredet, dass das ein Opfer sei, das um einer besseren Zukunft gebracht werden müsse. Man müsste nun meinen, dass die Entbehrungen, die dem deutschen Volk um des Zieles der Nährfreiheit willen auferlegt werden, nur dann nicht vergebens sind, wenn man im Laufe der Zeit diesem Ziele immer näher kommt. Wer daran geglaubt hat, der muss bedenken, dass der Kopf geschüttelt haben, wenn ihm zu Gesicht gekommen ist, was der Staatssekretär im Reichs- und Preussischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft und Leiter der Geschäftsgruppe bei dem Beauftragten für den Vierjahresplan, *Backe*, über Deutschlands agrarpolitische Lage in der Zeitschrift „Deutsche Volkswirtschaft“ geschrieben hat.

Er erfährt daraus, dass das Ziel der Erzeugungsschlacht nicht näher rückt, sondern sich immer weiter entfernt. Zwar sei die Verminderung der landwirtschaftlichen Nutzfläche durch Steigerung der Flächen-erträge nicht nur ausgeglichen, sondern erheblich überkompensiert. Aber trotz dieser grossen Erfolge sei unsere Ernährung aus eigener Scholle noch nicht gesichert, und in Zukunft werde „das Problem sogar von Jahr zu Jahr schwieriger“. In der Landwirtschaft sei das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag wirksam, das die Industrie nicht kenne. Je mehr im Acker investiert wird, umso mehr bleibe der Ertrag hinter den Investitionskosten zurück. So seien im Wirtschaftsjahr 1936-37 die Betriebsausgaben der deutschen Landwirtschaft um 335 Millionen Reichsmark gestiegen, während ihre Verkaufserlöse um nur 163 Millionen höher gewesen seien. Die Schere zwischen den Preisen, die der Landwirt bezahlen

muss und denen, die er bezahlt bekommt, habe sich wieder erheblich erweitert. Nach diesem Geständnis sind also die Erfolge der Erzeugungsschlacht mit sinkenden Gelderträgen erkauft worden. Das kommt darin zum Ausdruck, dass bis zum Jahre 1935-36 die Schulden der Landwirte abgenommen haben, aber seitdem nicht mehr.

Der Herr Staatssekretär gesteht, es falle ihm auf, dass die Verschuldung mit dem Schicksal der Viehwirtschaft verbunden sei und dass sie gerade dort zugenommen habe, wo eine überwiegend bäuerliche Struktur der Landwirtschaft vorhanden ist. Die Kosten der Erzeugungsschlacht werden also vor allem von den Bauern aufgebracht, während die grösseren und Grossbetriebe davon verschont bleiben, „die einen verhältnismässig wesentlich geringeren Viehbestand haben als der bäuerliche Betrieb“. Diese Feststellung des Herrn Staatssekretärs *Backe* stimmt durchaus mit der des Instituts für Konjunkturforschung überein, das in einem seiner neuesten Wochenberichte konstatiert, „dass gegenwärtig verhältnismässig besonders günstig die Betriebe da stehen die vornehmlich Roggen- und Kartoffelanbau betreiben“, das sind also die ostelbischen Junker. Sie sind es, die hauptsächlich davon profitieren konnten, das im Frühjahr 1937 der Roggenpreis und der Fabrikkartoffelpreis erhöht, der Preis für Kunstdünger dagegen erheblich gesenkt worden ist. Ungefähr zur gleichen Zeit als Göring den Junkern das Geschenk einer Senkung der Kunstdüngerpreise um 30 Prozent machte, verbot er den Bauern die Verfütterung von Brotgetreide. Aber gerade von den Bauern, denen man mit den Futtermitteln zugleich den Ertrag ihrer Viehwirtschaft fortnimmt, fordert man, dass sie immer neue Geldmittel zur Steigerung der

landwirtschaftlichen Erträge aufbringen.

„Wir nähern uns“, ruft Herr Staatssekretär *Backe* kummervoll aus, „in der Erzeugungsschlacht dem Augenblick — oder haben ihn schon erreicht —, in dem eine weitere Steigerung der Erzeugung, die volkswirtschaftlich unbedingt gebraucht wird, die Wirtschaftskraft der landwirtschaftlichen Betriebe nicht mehr stärkt, sondern schwächt.“

Diese trüben Aussichten machen Herrn *Backe* weniger um der Bauern selbst willen Sorge, als wegen ihrer Gefahr für die Kriegsvorbereitung. Die Ursache der bäuerlichen Not sieht er aber nicht etwa im Bankrott der Erzeugungsschlacht, der noch niemals so eindeutig blossgelegt worden ist wie in diesem Notschrei eines der dafür am meisten Verantwortlichen, sondern „in der Ungenügendheit der gewerblichen Wirtschaft gegenüber der volkswirtschaftlichen Gebundenheit im Agrarsektor“. Ein Nebeneinander zweier verschiedener Wirtschaftssysteme sei aber nur in Uebergangszeiten möglich. „Der Uebergang der gewerblichen Wirtschaft zum gebundenen Wirtschaftsprinzip dürfte daher immer dringlicher werden.“ Man sollte meinen, dass auch die gewerbliche Wirtschaft das Joche der Zwangswirtschaft bereits schwer genug zu fühlen bekommt. Wir hören aber nun von dem Manne, der in Görings Auftrag über die deutsche Landwirtschaft gebietet, dass die Methoden, die dort zum eingesandenen Bankrott geführt haben, nun auf die Gesamtwirtschaft ausgedehnt werden sollen. Wir können also noch allerhand erleben, wenn Göring, der jetzt schon Diktator über die Wirtschaft ist, auch noch die Armee in seine Gewalt bekommt und damit zum Diktator über Deutschland aufsteigt.

den Tisch eines Gastes gestande haben, von diesem aber verschont wurden, ist hinfort nicht mehr verboten, sondern wird ausdrücklich zur Pflicht gemacht:

„Den Empfindungen überempfindlicher Menschen soll dabei nicht Rechnung getragen werden.“

heisst es kategorisch in den neuen Richtlinien, die die „Frankfurter Zeitung“ 1938, Nr. 4-5 zum Abdruck brachte. Wir wünschen guten Appetit!

Aber noch ganz andere revolutionäre Umwälzungen stehen in den deutschen Gasthäusern bevor. Ob der Vierjahresgörling oder der Propagandagörling oder sonstwer der Erfinder der Sache ist, das ist noch nicht heraus, aber eines steht — ebenfalls laut „Frankfurter Zeitung“ — einermassen fest: die Massportion ist im Herannahen, die Portion nach Mass. Jawohl, Deutlicher gesagt: das Uebrigbleiben von Speiseresten soll in Zukunft vorbeugend eingeschränkt werden, indem die Keilner angehalten werden, den Appetit und die Aufnahmekraft des einzelnen Gastes im voraus schätzungsweise nach dessen Aussehen, Körpertumfang usw. zu berechnen und die Grösse der Portion danach zu bemessen. Dabei soll zunächst stets eine möglichst kleine Portion verausgabt werden. Zeigt der Gast dann wider Erwarten grösseren Hunger als ihm zunächst zugebraut wurde, so kann er ja noch etwas nachserviert bekommen. Je dünner der Gast, desto kleiner die Kartoffel, die ihm gebührt.

Allgemeines Reste-Essen... und der perfekte Masskeilner als neuer Spezialberuf... Es wird sich so allerhand tun in den deutschen Restaurants im fünften Jahr des Dritten Reichs.

Gesegnete Mahlzeit!

Hunger und Trompetenblasen

Der Reichssender *Königsberg*, der sogenannte *Wunschkonzerte* zugunsten der Winterhilfe veranstaltet, veröffentlicht in der deutschen Presse den folgenden Brief, der ihm aus Satticken, Kreis Goldap, zugeht:

„Lieber Reichssender *Königsberg*! Die einklassige Volksschule Satticken meldet sich heute mit einem Wunsch. Die Quittung über 19,60 Reichsmark liegt bei. Wunderst du dich nicht, wie wir die hohe Summe zusammenbekommen haben? Wir sind nicht reich, denn von uns 35 Schülern sind 19 Arbeiterkinder. Im November sprachen wir in der Schule vom Opfer und vom Winterhilfswerk. Da wollten wir auch etwas opfern. Es musste aber etwas sein, was wir auch als Opfer merkten, wir beschlossen, an jedem Sonntagabend trockenes Brot zu Kleinmützig zu essen.“

Was wir am Aufschmieren und am Belag sparen, dafür gibt uns die Mutter 5 Pfg. mit. Dann kommt in jeder Woche ungefähr 1,40 Reichsmark von uns zusammen. Ausserdem sparen wir in jeder Woche etwa 1,5 Pfund Fett. Wir können es ruhig entbehren, denn wir sind kräftig. Vom Herrn Lehrer haben wir uns den Betrag geliehen, der bis Ostern zusammenkommt, und schicken ihn schon heute ein. Spielt uns dafür das Lied „In den Ostwind hebt die Fahne“, das passt jetzt gerade zu unserem Geschichtsunterricht.“

Der Lehrer ist auch kräftig. Gemütskräftig. Er wird avancieren.

Bezugspreise

Der «Neue Vorwärts» kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1.50 Frs. (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs.). Preis der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise fuer das Quartal stehen in Klammern):

Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), C. S. R. K. 1.40 (18.—), Danzig Gold. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Grossbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen koennen erfolgen: Paris Credit Commercial de France, N° 529111 Tschechoslowakei: Zeitschrift «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Warschau 194.797 Schweiz: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Zürich Nr VIII 14.697. Rumänien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Bukarest, Konto «Neuer Vorwärts», Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto «Neuer Vorwärts» Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto «Neuer Vorwärts», Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

Deutsche Rechtsgrotesken

Man schreibt uns:

Ein Blick in die Entscheidungssammlungen deutscher Gerichte lässt erkennen, dass unsere Landsleute Zusammenhang mit der vernunftbegabten Umwelt zur Zeit einiger Massen verloren haben. Hören Sie einige Beispiele.

Das Reichsgericht sagt im Urteil vom 25. November 1937 — 2 D 695-37 (Juristische Wochenschrift 1938 Seite 167):

„Das Landgericht konnte den Umstand als erschwerend berücksichtigen, dass der Angeklagte als Jude den jungen Mann deutschen Blutes seiner entarteten Geschlechtsthat dienstbar gemacht hat. Mit Recht hat es darin ein Zuwiderhandeln gegen den in der Rassegesetzgebung zum Ausdruck gekommenen Willen des deutschen Volkes erblickt, in jedem Deutschen das Rassegefühl rein zu halten.“

Das heisst mit anderen Worten, dass der homosexuelle Umgang mit einem Juden ein Vergehen ist, dem gegenüber sich der homosexuelle Umgang mit einem Arier vergleichsweise als ehrbare Handlung, als die Rassenlehre berücksichtigende Handlung, darstellt.

Das Erbgesundheitsobergericht in Düsseldorf entscheidet (12 Wg 356-37) unter der Spitzmarke „Auch nach der Durchführung der Unfruchtbarmachung ist in engen Grenzen eine Wiederaufnahme des Verfahrens möglich“:

„Wenn das Gesetz dem Kranken im Interesse der Gesundung des deutschen Volkes ein so schweres Opfer zumutet, wie es die Unfruchtbarmachung nun einmal ist, so muss der Kranke im Falle einer Fehldiagnose wenigstens unter gewissen Umständen das Recht haben, zu verlangen, dass die ihm oder seiner Sippe aus einer sachlich unbegründeten Vornahme des Eingriffes noch darüber hinaus erwachsenen Nachteile nach Möglichkeit beseitigt werden.“

In dem Beschluss wird des weiteren ausgeführt, es sei ein entsprechendes Urteil zu erlassen „Der X. ist nicht unfruchtbar zu machen“. Die eigentlichen Folgen des vorliegenden Schnittes zu beseitigen, gibt das Erbgesundheitsobergericht allerdings keinen Weg an.

Bauer starb, der aus zwei Ehen drei Kinder hinterlassen hatte, so regelte sich seine Erbfolge nach einem Blick in das bürgerliche Gesetzbuch höchst einfach in der Weise, dass alle drei zu gleichen Teilen erbherberechtigt waren. Zugegeben, dass dies manchmal zur Zerschlagung eines Bauernhofes führte. In den meisten Fällen wurde der Hof allerdings, wenn kein Bauer in der Familie war, an einen gelernten Landwirt verkauft und der Erlös entsprechend obigem Schlüssel geteilt. Zugegeben, dass man über das heutige Erbrecht überhaupt den-

ken kann wie man mag. Aber jedenfalls, Gesetz und Untertanen waren sich darüber klar, was zu geschehen hatte, wenn der alte Bauer starb, während heute:

„Zur Entscheidung steht hier die Frage, ob das jetzt drei Jahre alte Kind eines nach Herkunft, Ausbildung und Beruf unbeschränkten bauernunfähigen Vaters im Zeitpunkt des Todes des Bauern, seines Grossvaters — als es zwei Monate alt war — bauernfähig gewesen ist.“

So muss sich das Reichserbhofgericht heute gemäss dem Reichserbhofgesetz seine Aufgabe in dem Urteil I R B 1337-36 stellen. Es scheut keine geistige Mühe, die Bauernfähigkeit oder -unfähigkeit des Säuglings zu ermitteln. Vor Erhellung des düsteren Untergrundes seufzt es zunächst:

„Der Senat hat bisher noch keine Gelegenheit gehabt, zu der Frage der Bauernfähigkeit von derart kleinen Kindern (Söhnen) in einem Streit um die Anerkennung sachlich Stellung zu nehmen.“

Aber dann geht es in medias res. Hilfsmittel kann ihm zunächst einmal das Gesetz sein. Das Reichserbhofgesetz sagt in Paragraph 15 Absatz 3, dass der Bauer ehrbar und geschäftsfähig sein müsse und fügen hinzu „mangelnde Altersreife allein bildet keinen Hinderungsgrund“. Aus dieser Bestimmung zog der Vorderrichter den Schluss:

„dass ein Kind geringen Lebensalters regelmässig bauernfähig sei, ohne Rücksicht darauf, ob es tatsächlich später einmal die erforderlichen Eigenschaften eines Bauern besitzen werde, was sich überhaupt nicht übersehen lasse.“

Der Vorderrichter hat sich die Sache doch zu einfach gemacht. Das Reichserbhofgericht entnimmt demgegenüber aus der Gesetzesstelle:

„Als Grundsatz stellt vielmehr das Reichserbhofgesetz das Erfordernis auf, dass der Bauer ehrbar und fähig sein muss, den Hof ordnungsgemäss zu bewirtschaften. Beide Eigenschaften gehen unzweifelhaft kleinen Kindern ab. Sie sind weder ehrbar noch unehrbar, weil ihnen das Begriffsvermögen für Ehrbarkeit noch abgeht. Charakter und Gesinnung sich bei ihnen noch nicht entwickelt haben; sie sind auch keinesfalls fähig, einen Erbhof zu bewirtschaften. Mithin sind sie nach dem vom Reichserbhofgesetz gestellten Anforderungen an sich immer bauernunfähig.“

Und hiervon gibt es nun einige Ausnahmen. Stellt das Baby eine Ausnahme oder die Regel dar? Das Reichserbhofgericht spürt, um dies festzustellen, dem Vorleben des Vaters nach. Da der Vater des kleinen Karl Heinz B. zunächst Bank-angestellter und dann nach langer Arbeitslosigkeit Handlungsgehilfe in einem Metallwerk war, ist er zweifellos nicht bauernfähig. Das wirft schon ein Licht auf die Bauernfähigkeit des Kindes. Wenn man nun gar hört, dass der Vater des Karl Heinz aus der ersten Ehe des toten Bauern stammt, während:

„bis Ernst Emil B. durch seine zweite Heirat zu dem Beruf seiner Vorfahren zurückfand, hatte er keine landwirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt. Er hatte sich — ersichtlich auch für seine Sippe — von dem Beruf des Bauern losgesagt, war Metallarbeiter oder Monteur geworden...“ dann ist der Fall entscheidungsreif. Nach alledem kann das Reichserbhofgericht beruhigt feststellen, dass der kleine Karl Heinz keine Ausnahme, sondern die Regel ist. Er ist nicht bauernfähig, wird nicht „Anerbe“, und der Leser wundert sich nicht, wenn er der Beweisführung nicht gänzlich zu folgen vermochte.

Unsere deutschen Landsleute haben eben den Zusammenhang mit einer vernunftbegabten Umwelt einigermaßen verloren.

Mittagbrot nach Mass Der gerettete Speiserest

In Breslau gab es immer noch ein paar kleine Gaststätten, deren Besitzer „Nichtarier“ waren. Sie konnten dem Argusauge und der Habgier der reinrassigen Strassenräuber im braunen Heldenkleid natürlich nicht entgehen. Ein Teil dieser Gastwirtschaften ist den Besitzern jetzt einfach von der Polizei weggenommen worden. Die kam, machte den Laden zu, entzog die Konzession. Schluss. Am nächsten Tag werden sich dann wohl — wie das so zu gehen pflegt — ein paar vorher von der Aktion unterrichtete braune Parteibuchhelden grossmütig bereit erklärt haben, die Betriebe für den Bruchteil eines schäbigen Trinkgeldes gnädig zu erwerben. Braune Behörden und braune Interessenten pflegen in solchen Fällen ausgezeichnet Hand in Hand zu arbeiten...

Damit nun aber nicht welche Greuelügner auf den abwegigen Gedanken kommen können, dass hier wieder einmal ein Diebstahl en gros begangen wurde, zögerte man nicht, der ganzen Sache ein moralisch-hygienisches Mäntelchen umzuhängen. Der Öffentlichkeit wurde kundgetan, die betreffenden Lokale seien geschlossen worden, weil die Besitzer nicht für zureichende Sauberkeit gesorgt hätten, es seien Speisereste von neuem verwandt worden usw.

Wir fürchten, wenn man nächstens wieder einmal einen kleinen Raubzug auf noch etwa vorhandene jüdische Lokale unternommen wird, — wir fürchten, dass man sich dann eine erheblich andere Lügengeschichte ausdenken muss und wird. Denn inzwischen sind im Zeichen des Vierjahresplanes neue Weisungen an die Restaurantbesitzer ergangen, wonach diese sich grosszügig am „Kampf wider den Verderb“ zu beteiligen haben und aufgerufen werden, alle zümpelich-hygienischen Bedenken auf dem Altar des an Fettknappheit daniederliegenden Vaterlandes zu opfern. Die Wiederverwendung von Speisen, die bereits einmal auf

